



Synodecommuniqué

Sachbearbeiter: Thomas Gehrig

25. Mai 2011

Ernsthafte Auseinandersetzung mit der Atom-Frage

Die Interpellation der Synodalen Frank Buchter, Jürg Liechti, Barbara Rudolf und Robert Schlegel sowie zwanzig Mitunterzeichnenden ermöglicht dem Synodalrat einen aktuellen Positionsbezug und löst eine gehaltvolle Debatte aus. Refbejuso ist gut positioniert, macht seine Position aber noch zu wenig publik.

Barbara Rudolf (Bern) erläutert das Ziel der Interpellation, den Weg aus der nuklearen Falle zu finden. Sie geht über das «Weitermachen wie bis anhin» – mit erneuerbaren Energien anstelle Atomstrom – hinaus und hinterfragt die Prämisse «Wachstum über alles». Sie fordert eine Werte-Aussage der Kirchen bezüglich Bewahrung der Schöpfung.

Synodalratspräsident Andreas Zeller macht eine breite Auslegeordnung:

«Die Berner Regierung bezieht am 14. Juni zu 46 parlamentarischen Vorstössen Stellung. Dieser Tage positioniert sich der Bundesrat mit seiner energiepolitischen Strategie. Darum sieht sich der Synodalrat gemeinsam mit der Schweizer Bevölkerung in seiner Besorgnis nach den katastrophalen Ereignissen in Japan ernst genommen. Das Erdbeben, der Tsunami und die daraus resultierende nukleare Katastrophe haben uns eindrücklich vor Augen geführt, was «Bewahrung der Schöpfung» alles bedeuten kann. Wir sind als Christinnen und Christen gefordert, unsere Werte und Überzeugungen in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen – und die reformierte Kirche hat das unaufgeregt auch bereits vor Fukushima getan!

Theologisch gesehen besitzt das Ziel der nachhaltigen Bewahrung der Schöpfung höchste Priorität. Der Synodalrat vertritt dezidiert die Ansicht, dass es –unabhängig von den jüngsten Ereignissen – einen grundlegenden Umbau der schweizerischen Energiepolitik braucht, um die Schöpfung in aller Radikalität zu bewahren. Dazu gehören Einschränkungen bei unseren Ansprüchen und beim Komfort.

Politisch gesehen verfolgen der SEK und die Landeskirchen seit langer Zeit einen konstanten politischen Kurs mit dem Ziel, Wirkung zu erzielen. Beweise dafür sind verschiedene differenzierte Stellungnahmen zur Energie- und Klimapolitik, die sich nicht losgelöst voneinander betrachten lassen. Der Ersatz von Atomenergie durch Strom aus Gaskraftwerken ist jedenfalls keine nachhaltige Lösung. Der SEK hat 2008 in einer Stellungnahme zur Energie-Ethik die 2000-Watt-Gesellschaft gefordert. Wissenschaftlich ist die 2000-Watt-Gesellschaft das Äquivalent zur Bewahrung der Schöpfung: Kein Mensch darf mehr Ressourcen verbrauchen als ihm anteilmässig zur Verfügung stehen.

In der SEK-Broschüre «Unterwegs in ein neues Energiezeitalter» ist auch eine differenzierte Stellungnahme zur Atomkraft enthalten. Als Vorteile werden etwa festgehalten: Geringer CO₂-Ausstoss, energetische Dichte ermöglicht preisgünstige Produktion, Elektrizität als vielseitiger edler Energieträger und als Schlüssel für eine geplante Energiegewinnung aus Wasserstoff. Dem stehen gewichtige Gefahren gegenüber: Keine Nachhaltigkeit, weil Uran nicht unbeschränkt verfügbar ist; gesundheitliche Gefährdung der Arbeiter beim Abbau des natürlichen Urans; ungelöste Endlagerung. Diese Beurteilung ist nach wie vor korrekt, sagt aber nichts über den Umgang mit den Grossrisiken aus.

Vor und nach Fukushima sind Atomkraftwerke hoch komplexe Systeme mit beträchtlichem Risikopotenzial. Nach Tschernobyl nimmt die Öffentlichkeit nun zur Kenntnis, dass auch hoch technisierte Gesellschaften wie Japan das Restrisiko nicht ausschliessen können. Das Udenkbare wurde Realität und zwingt uns als Gesellschaft, auch andere undenkbbare Szenarien gelegentlich durchzudenken.

Der Synodalrat hat die SEK-Stossrichtung 2009 aus Überzeugung übernommen und seinen Standpunkt «Lebensgrundlage erhalten» im Kontext der Klimaerwärmung publiziert. So heisst es im Standpunkt:

Der Synodalrat unterstützt die Vorschläge der Berner Regierung, die langfristig die 2000-Watt-Gesellschaft anstrebt. Das bedeutet für die Schweiz eine Reduktion des Energieverbrauchs um mindestens zwei Drittel. Energiepolitik mit Fokus auf der «2000-Watt-Gesellschaft» engagiert sich im Sinn des Evangeliums nachhaltig und glaubwürdig für die Bewahrung der Schöpfung. Die Schweiz steht dabei in besonderer Verantwortung. Bereits in seiner Globalisierungspolicy von 2003 postulierte der Synodalrat eine Senkung der CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent.

Innerkirchlich sieht sich der Synodalrat seinen Kirchgemeinden verpflichtet. Dort finden das kirchliche Leben und die Konkretisierung der Energiestrategie statt. Die Verantwortung für bauliche Sanierungsmassnahmen liegt bei der Kirchgemeinde. Sie muss energetisch nachhaltige Lösungen auch finanzieren.

Nach Fukushima hat der Kirchenbund mit einem Gebetsaufruf seiner Anteilnahme Ausdruck gegeben. Ein energiepolitischer Positionsbezug des Synodalrates, beispielsweise zum Kernkraftwerk Mühleberg, wäre dagegen vor der Faktenanalyse der dafür verantwortlichen Stellen kaum tragfähig. Wenn der Synodalrat noch keine konsolidierte Meinung hat, entspricht das der Komplexität, mit welcher sich auch Bund, Kanton und BKW konfrontiert sehen. Der Synodalrat geht davon aus, dass alle beteiligten Akteure das Ziel einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung anstreben, jedoch von unterschiedlichen Gewichtungen ausgehen.

Die Frage der Stilllegung von Mühleberg ist eine Frage des Bundes und des Kantons Bern als Mehrheitseignerin der BKW, aber keine primär kirchliche Frage. Der Synodalrat wird den SEK in seiner fundierten Haltung weiterhin unterstützen. Vor allem mit Blick auf anstehende Energieabstimmungen, sei es zur Atomenergie oder anderen Energiefragen, werden wir den SEK zu klaren Stellungnahmen ermuntern und diese unsererseits weitertragen.

Über die gestellten Fragen hinaus gibt es innerkirchliche Anliegen, die wir mit Blick auf die 2000-Watt-Gesellschaft konkret angehen können. Die Kirchgemeinden stehen besonders in der Verantwortung. Zum Glück werden sie bereits heute von der oeku und kantonalen Fachstellen unterstützt. Eine verstärkte Sensibilisierung ist jedenfalls eine prüfenswerte Massnahme. Der Synodalrat wird sich zu gegebener Zeit dazu und zu allenfalls weiteren konkreten Unterstützungsmassnahmen äussern.»

Differenziertes Lob aus der Synode

Der Unabhängige Frank Buchter bedankt sich für die umfassende Antwort, gibt aber zu bedenken, dass beim Stichwort «Atom» bei Refbejuso auf der Website «keine Ergebnisse» erscheint. Er hat den Eindruck, die Thematik wäre noch zu wenig präsent in der Kirchenleitung, spürt aber die Ernsthaftigkeit des Synodalrates.

Jürg Liechi (GOS) schildert die Umstände des «Atom-Ade»-Camps auf dem Viktoriaplatz und damit im Kirchengebiet seiner Johannes-Kirchgemeinde. Er weist auf japanische und deutsche Kirchen hin, die den raschestmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft fordern. Um der Gefahr zu begegnen, der Alltag könnte allzu rasch wieder einkehren, organisiert ein ökumenisches Komitee der Kirchgemeinde an Pfingsten auf dem Viktoriaplatz einen Workshop und ruft mit einem Manifest aus kirchlicher Sicht zum Ausstieg auf. Liechi zitiert den SEK-Präsidenten Gottfried Locher: «Ohne Aussagen zum hier und heute ist das Evangelium von Jesus Christus kraftlos.»

Weitere Votantinnen und Votanten fordern Zeichen der Kirche und «wenigstens das zu tun, was wir können». Christine Blum (Mitte) verweist auf einen Fehler in der SEK-Broschüre: Atom ist nicht billig, sondern wird künstlich billig gehalten, weil dafür bis anhin keine Versicherungsprämie bezahlt wurden. Heinz Gfeller (Positive) bringt den Gedanken ein, dass der BKW die Kirchendächer günstig zur Verfügung gestellt werden sollten, damit dezentral Strom produzieren werden könnte. Als Sofortmassnahme wird auf Anregung von Pierre Ammann (Jura) immerhin das Licht gelöscht im Rathaus ...

Bruno Bader (Unabhängige) beurteilt die Antwort des Synodalrates als angemessen und redlich. Er lobt wie Jürg Häberlin (Liberale) den besonnenen Auftritt.

Hansruedi Schmutz (Mitte) ruft in Erinnerung, dass die Kirche vor Wünschen und Forderungen auch das Wort «Verzicht» formulieren müsste; wir sind mit Blick auf die 2000-Watt-Gesellschaft aufgefordert, auf unnötige Energieverschwendung zu verzichten.